

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

24.7.1922 (No. 169)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 90 M. — Einzelnummer 1.50 M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Stabteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbestimmungen, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Umbenennung der Eisenbahn-Generaldirektion in Karlsruhe.

Unter der Überschrift „Zurücksetzung Badens“ findet sich in Nr. 334 der Bad. Presse vom 24. Juli (Mittagsausgabe) eine Mitteilung, welche mit der Einleitung beginnt: „Von zünftigster Seite geht uns folgende Mitteilung zu“. Das zünftigste badische Finanzministerium legt auf die Feststellung Wert, daß die erwähnte Mitteilung nicht von ihm ausgeht. Zur Sache selbst kann erklärt werden, daß zwischen den beteiligten Regierungen von Sachsen, Württemberg und Baden in der Angelegenheit bereits ein Meinungsaustausch wegen einer gemeinsamen Vorstellung beim Herrn Reichsverkehrsminister stattfindet. Die badische Regierung wird auf der Wahrung der ihr aus dem Staatsvertrag über den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich und aus dessen Schlussprotokoll sich ergebenden Rechte nachdrücklich bestehen.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Gewerbeszenen sind mit der anhaltend günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in ständigem Aufschwung. Der beträchtliche Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie der Steine und Erden (insbesondere der Ziegelfabrikation), ferner der Maschinenindustrie (soweit es sich um Handarbeiter handelt) und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes wird auf der Höhe der Vorwoche; ebenso zeigte sich die Papierindustrie nach wie vor für Arbeiterinnen aufnahmefähig, während sich in der Tabakindustrie das Verhältnis von Kräfteangebot und Nachfrage infolge einer gewissen Verminderung der Aufträge etwas verschlechtert hat.

Gute Beschäftigungsmöglichkeiten bietet z. B. die Konservenfabrikation für weibliche Arbeitskräfte. Der Bedarf des Baugewerbes konnte, wie schon bisher nur teilweise befriedigt werden. Der ganz besonders empfindliche Mangel an Maurern hemmt bis zu einem gewissen Grade die restliche Verwendungsmöglichkeit der (allerdings nicht mehr sehr zahlreichen) für Bauarbeiten noch in Betracht kommenden ungelerten Hilfskräfte.

### Sommerpause.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters:

Um den Sommer ist es in diesem Jahre leider eine recht zweifelhafte Sache und an eine Pause im politischen Leben, wie sie in früheren Jahrzehnten die allmählich schon sagenhaft gewordene Sauregurkenzeit brachte, ist auch nicht zu denken, denn nach außen geht der verzweifelte Kampf um eine halbwegs erträgliche Vermehrung der Reparationslasten weiter und im Innern dauert die Erschütterung an, die das furchtbare Ereignis vom 24. Juni herbeigerufen hat, und sie wird noch lange fortauern. Aber immerhin, der Reichstag ist auf drei Monate in die Ferien gegangen, nachdem er die Gesetze zum Schutz der Republik unter Dach gebracht hatte. So traurig der Anlaß und so schmerzhaft die Notwendigkeit dieser Gesetzgebung war, so erfreulich ist es, daß das entscheidende Hauptgesetz mit der gewaltigen Mehrheit von 303 gegen 102 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit, also weit überschritten worden ist. Niemand wird bestreiten können, daß hinter dieser Reichstagsmehrheit zum mindesten auch eine Zweidrittelmehrheit des deutschen Volkes steht, u. die Widerheiten müßten sich dieser Entscheidung beugen, soweit sie nicht die Grundlagen in unserer Staatsordnung überhaupt negieren. Tun sie das aber, so haben sie überhaupt keinen Anspruch gehört zu werden, wo die Zukunft der Republik, des Reiches und schließlich des ganzen deutschen Volkes in Frage steht.

Wenn wir trotzdem die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen haben, daß der bayerische Widerstand gegen wesentliche Teile dieser Gesetzgebung keineswegs erlahmt ist und daß die Regierung des Grafen Lerchenfeld sich dem Landtag gegenüber in einer recht schwierigen und unsicheren Lage befindet, so möchte man trotz alledem die Hoffnung aufrecht erhalten, daß schließlich auch in Bayern die Befonnenheit siegen werde. Von der Reichstreue braucht man ja glücklicherweise nicht zu sprechen. Der Widerspruch hat sich schließlich in der Hauptsache auf das Gesetz über die Reichskriminalpolizei konzentriert, aber gerade zu diesem Punkte ist zu betonen, daß kein Mensch einen grundsätzlichen Eingriff in die Polizeihohheit der Länder beabsichtigt. Worum es sich handelt, das sind rein technische Zweckmäßigkeitsfragen und unter diesem Gesichtspunkt erscheint vorübergehend eine gewisse Zentralisierung der kriminalpolizeilichen Tätigkeit einfach unerlässlich. Die vom Reichstag mit so überwältigender Mehrheit angenommenen Gesetze sind geboren aus einem ganz akuten Notstand, wie ihn die Ermordung Rathenaus in schreckenerregender Weise enthüllt hat. Es konnte so nicht weitergehen; die Republik durfte

nicht mit den Händen im Schoße zusehen, wie ihre Führer einer nach dem andern von einer verbrecherischen Organisation, in der die unreifen Elemente, Schüler und Studenten mit allerlei bewillkürten Gefellen sich zusammenschlossen, geächtet und einige Wochen später menschenwürdig abgeschossen wurden.

Das bedeutete den Kampf um die Selbsterhaltung in seiner schärfsten Form und es durfte kein Tag verloren gehen, wenn die verantwortlichen Instanzen nicht eine ungeheure Verantwortung auf sich laden wollten. Nun hat der Reichstag im wesentlichen alles gutgeheißen, was die Regierung zum Schutze der Republik für erforderlich erachtete, aber, wenn diese Gesetze ihren Zweck wirklich erreichen sollten, dann müßten Bürgerschaften dafür geschaffen werden, daß ihrer Ausführung kein wie immer geartetes Hindernis sich in den Weg stellen konnte. Halbe Maßregeln, vor allem aber Gesetze, die in der Hauptsache auf dem Papier stehen bleiben, wirken nur aufreizend; die Verhütung, die unserem politischen inneren Leben so bitter nottut, kann nur eintreten, wenn das als notwendig erkannt wird, zu diesem Zwecke muß die Verbindung zwischen Gehirnen und Hand ganz unmittelbar sein, die Reichsgewalt kann es unmöglich darauf ankommen lassen, ob und wie ihre Aufträge ausgeführt werden.

Wer den Notstand des Reiches leugnet, der mag schließlich auch die vom Reichstage beschlossenen Gesetze verworfen; wer ihn aber anerkennt, muß Logischerweise auch die Mittel zu seiner Beseitigung gutheißen. Wie wenig dabei an eine Änderung der innern Struktur des Reiches gedacht werden kann, geht allein daraus hervor, daß die Dauer der Gesetze auf fünf Jahre beschränkt ist. Es ist also keineswegs nur eine beschwichtigende und verlockende Redensart, wenn man betont, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme unter den außerordentlichen Verhältnissen handelt. Daß aber die Außerordentlichkeit dieser Verhältnisse und die aus ihr sich ergebenden Notwendigkeiten allgemein als zwingend anerkannt werden, ist allerdings eine unerläßliche Voraussetzung für einen wirklichen Erfolg der ganzen Rettungsaktion. Die Gesetzgeber selbst sind sich darüber völlig im Klaren gewesen, daß Gesetze allein nicht retten können. Es muß der Wille des ganzen Volkes oder wenigstens seiner ganz großen Mehrheit hinter ihnen stehen. Die entscheidenden Entartungserscheinungen, die in den politischen Nordorganismen zutage treten, müssen von der gesetzlichen Obrigkeit mit der vollen Schärfe ihres Schwertes getroffen werden, so daß zunächst einmal der unentbehrliche Respekt vor der Staatsregierung sich wiederherstellt, weiterhin aber u. mit viel tieferer Wirkung muß die sittliche Erneuerungsarbeit an unserem Volke geschehen, die dem wuchernden Unkraut allmählich den Nährboden entzieht. Zu dieser Arbeit sind alle berufen, denen irgend eine Autorität, sei es in der Erziehung der Jugend, sei es in der Führung Erwachsender, sei es namentlich auch in der Presse anvertraut ist. Es ist allenthalben furchtbar viel gesündigt worden, sonst hätte es nicht so weit mit uns kommen können, wie es tatsächlich mit uns gekommen ist. Jetzt ergeht der dringende Ruf „an Alle“: Rettet die Republik, rettet das Reich, rettet das deutsche Volkstum, rettet euch selbst! Möge sich ihm keiner entziehen, denn es ist vielleicht das letzte Mal, daß er ergeht, und möge sich jeder sagen, daß es in dem Gehorsam gegen diesen Ruf keinen Verzug und keine Pause geben darf.

### Schwerwiegende Vorwürfe

werden in einem Münchener Artikel der demokratischen „Berliner Volkszeitung“ gegen einen Teil der Münchener Presse und gegen die Justiz- bzw. Polizeiverwaltung erhoben. Ohne zu den Angaben selbst Stellung zu nehmen, geben wir den Artikel hier wieder. Eine Lanierung ist dringend geboten. Denn entweder sind die Angaben im wesentlichen wahr, dann muß wohl eine Änderung des Systems und der Personen eintreten. Oder: sie sind nicht wahr, dann muß der Nachweis dafür erbracht werden, damit in Zukunft derartige schwere Angriffe unterbleiben. Der Artikel lautet:

„In England und Amerika werden bereits Wetten abgeschlossen, ob es zwischen Bayern und dem Reich anlässlich des republikanischen Schutzes und dem Reich kommt. Das muß uns doch zu denken geben und uns veranlassen, rechtzeitig in das Getriebe der öffentlichen Meinung und der sie bestimmenden Faktoren in Bayern hineinzutreten.“

Die Mentalität des bayerischen Volkes, von der in letzter Zeit in Berlin so viel zu hören war, wird beherrscht von den „Inferanten“ und „Geschäftsblättern“, den Münchener „Neuesten Nachrichten“ und deren nordbayerischen Hilfsgruppe, dem „Frankfurter Kurier“. Diese beiden Industrie- und Handelsblätter geben ihre Tagesmeinung an den Wänden der bayerisch-volksparteilichen Provinzpresse weiter. Diese „Münchener

Neuesten Nachrichten“ aber sind verschwägert auf der einen Seite durch ihren rein deutschnationalen Aufsichtsrat mit der Schwerindustrie, auf der anderen Seite durch einen lebhaften persönlichen Verkehr mit dem reaktionärsten Teil des Münchener Beamtenums in der Polizeidirektion, den Ministerien, der Schupo, der Reichswehr und der staatlichen Pressestelle. Eine Republikanisierung Bayerns ist ausgeschlossen, wenn dieser politische Morast, der seine Schlammlände zwischen „Münchener Neuesten Nachrichten“, Polizeidirektion und staatlicher Pressestelle in fortgesetzter Zirkulation erhält, nicht energisch ausgeräumt wird.

Die Hauptaufgabe dieser Sumpfpflanzen ist: Wahrung des Klassenhasses, Schüren des Revanchekrieges und Verhütung Bayerns gegen das Reich. Was soll man dazu sagen, wenn dieses Blatt der Brunnenvergiftung und „Berufedemagogie“ in Nummer 270 schreibt:

„Wenn im Norden der politische Nord trotzdem nicht ausrottbar sein sollte, so kann die Ursache nur in der Minderwertigkeit der Polizei im Norden liegen. Die Polizei des früheren Staates war zu beratigen Aufgaben befähigt. Unter ihm waren allerdings auch die Posten der Polizeipräsidenten nicht Versorgungsstellen für Parteigenossen. Es schien uns daher richtiger, die Parlamente kontrollieren etwas energischer die Wirtschaft in den zumeist sozialistisch regierten norddeutschen Bundesstaaten.“

Das stellt denn doch die Dinge aber ganz gewaltig auf dem Kopf! Die unfähigsten Polizeipräsidenten des Nordens, unter denen sich zufolge der preussischen Regierungskoalition Angehörige der Deutschen Volkspartei befinden, haben die Attentäter auf Rathenau und Gorden festgesetzt und teilweise festgenommen.

Und die mit dem „M. N.“ verschwägerte Münchener Polizeidirektion, in der die reaktionärsten Offiziere des alten Preeres regieren, was haben die geleistet? Anbei ein kleines Sündenregister: Unausgeläutete Morbtaten und Attentate politischer Ursprungs: Gareis, Auer, Forstentriber-Parl, Zumbarschhausen. — Am November 1921 fanden mit französischen Vertretern offizielle hochverräterische Verhandlungen statt. — Zur Verwischung der Spuren der Hochverräter Dr. Hugel und Berger wurde ein Polizeikonto nach Küssen geschickt. — Der Einbruch und die Entwendung politischer Akten aus dem sächsischen Konsulat sind noch nicht aufgeklärt. — Die Waffenslager der National-Sozialisten sind immer noch nicht ausgehoben. — Die Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei dürfen auf staatlichen Schießständen scharf schießen. — Der Ausschuss dieser Partei hat, unentdeckt, über die Ermordung Erzbergers und Rathenaus beraten. — Die Polizeibeamten üben, wie üblich erbartet, eine Doppelrolle als Provolatoure und Sicherheitsbeamte und nationalsozialistischer Versammlungsorden aus. — Anzeigen gegen rechtschwerwiegende Verbrechen werden von den Behörden unterdrückt, diesbezügliche Stellen überlekt. — Rechtsabstrale Versammlungssternchen werden von der Polizeidirektion mit Waffenscheinen ausgestattet. — Geheimorganisationen rühmen sich „bewährte Mitglieder“ im gut bezahlten Staatsstellen unterbringen zu können!

Soweit die „Berliner Volkszeitung“: Der ehemalige Polizeipräsident von Böhmer hatte sich übrigens dieser Tage wegen der Ausweisung eines seit 20 Jahren in München ansässigen Geschäftsmannes vor dem Verwaltungsgerichtshof zu verantworten. Die Ausweisung war auf Grund eines von Unwahrheiten strotzenden Polizeiberichts erfolgt. Die Verhandlung ergab, wie aus München gemeldet wird, ein düsteres Bild der Korruption und der politischen Verfeuchung im Bereich der Münchener Kriminalpolizei. Angehörige der Polizei sollen im Kampf gegen politische Andersdenkende (also doch wohl Republikaner) vor keiner Lüge und Verleumdung zurückgeschreckt sein. Das Urteil wird demnächst verkündet werden.

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Antwort der Reichsregierung an das Garantiekomitee.

Die dem Präsidenten der Delegation des Garantiekomitees in Berlin am Samstag übergebene Antwortnote des Reichskanzlers vom 21. Juli hat folgenden Wortlaut:

„Herr Präsident! In Erwiderung des Schreibens des Garantiekomitees vom 18. Juli, durch welches mir das Ergebnis der Beratungen des Garantiekomitees mit den deutschen Vertretern über die von der Reparationskommission gewünschte Nachprüfung der Einnahmen und Ausgaben und der schwebenden Schuld sowie über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und wegen der statistischen Erhebungen mitgeteilt worden ist, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Trotz der schweren Belastung, welche die vorgesehenen Maßnahmen für Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung es auf sich nehmen, sie für die Dauer des Moratoriums durchzuführen. Wenn sie sich hierzu nach eingehender Überlegung entschlossen hat, so war für sie die Erwägung bestimmend, daß durch die im Memorandum vorgesehenen Maßnahmen, die in dem Notenwechsel vom 21. März bis 14. Juli behandelten Fragen ihre abschließende Regelung finden und daß damit gleichzeitig für die Reparationskommission die Grundlage einer Entscheidung geschaffen wird, welche der gefährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, wie sie in der Note vom 12. Juli dargelegt ist, Rechnung trägt. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die in dem Memorandum erwähnten Maßnahmen über die Nachprüfungen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen zur Ausführung gelangen werden.

Mit einer Beilage: 77. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.



welche bei der Abfassung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reiches, Aufrechterhaltung des ungehörten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses. Was die Bekämpfung der Kapitalflucht anlangt, so sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die Notwendigkeit zu betonen, daß die Entschädigung des Obersten Rates der alliierten Mächte vom 13. August 1921 jetzt durchgeführt wird. Sie bittet das Garantienkomitee, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken.

### Zusammenkunft Poincarés mit Lloyd George.

Ministerpräsident Poincaré hat sich, wie die „Refr. Ztg.“ aus Paris berichtet, entschlossen, den Standpunkt, den er seit acht Tagen eingenommen hatte, aufzugeben. Unter dem Druck der Verhältnisse, die sich Samstag nachmittag eingestellt haben, hat er die englische Regierung davon verständigt, daß er sich am 1. August für eine Begegnung mit Lloyd George in London bereit halte, um die Reparationsfrage zu besprechen, ohne den Bericht der Reparationskommission über das von Deutschland verlangte Moratorium abzuwarten. Auf dieser Konferenz würden außer dem eben genannten Thema auch die zwischen der Türkei und Griechenland schwebenden Angelegenheiten, die Frage von Tanger und die Hilfeleistung für Österreich besprochen werden. Der französische Ministerpräsident reißt in Begleitung des Finanzministers de Laferrière, des Direktors für politische Angelegenheiten am Quai d'Orsay Beretti de la Rocca und einer ganzen Anzahl von Sachverständigen. Wie man vernimmt, wird englischerseits außer Lord Balfour auch Sir Robert Horne an der Besprechung teilnehmen.

### Unmögliche Kohlenforderungen.

Die Reparationskommission hat in ihrer Freitagssitzung das Lieferungsprogramm Deutschlands an Kohle für den Zeitraum August bis Oktober d. J. festgestellt. Man verlangt monatlich 1 725 000 Tonnen Kohle, darunter 720 000 Tonnen Koks. Sollte in den betreffenden drei Monaten die deutsche Kohlenförderung mehr als 8 300 000 Tonnen betragen, so sollen von dem überschüssigen 20 Prozent geliefert werden. Zu den neuen Kohlenforderungen der Reparationskommission wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Indem das neue Programm die deutsche Wirtschaft noch härter belastet als das bisherige, dessen Undurchführbarkeit die Praxis erwiesen hat, läßt das Diktat der Reparationskommission die im Friedensvertrag vorgesehene Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft völlig vernichten. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms unmöglich.

### Zur Neuwahl des Reichspräsidenten.

Die „Frankfurter Ztg.“ meldet: Bei der Beratung über die Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft haben sich die Parteien auch mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten befaßt. Einer Anregung, die Amtsperiode des Reichspräsidenten über zwei Jahre zu verlängern, standen, wie man hört, die Vertreter der drei Parteien sympatisch gegenüber. Ein dazugehöriger Antrag, der von dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion gestellt werden wird, dürfte im Reichstag der Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokraten von vornherein sicher sein und wird, wie aus deutschparteilicher Quelle verlautet, auch bei dem überwiegenden Teil dieser Partei Zustimmung finden.

### Die Einkommenssteigerung der Reichsbediensteten.

Die am Samstag vormittag im Reichsfinanzministerium begangenen Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben heute in früher Morgenstunde zu einer Verständigung geführt. Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der erstickten Finanzlage des Reiches einigte man sich mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Lohnerhöhungssatz vom 1. Juli ab um 55, also von 105 auf 160 Prozent, vom August ab um 80, also auf 185 Prozent erhöht werden soll. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli

### Sommeroperette im Städt. Konzerthaus.

„Mascottchen“.  
Kein übles Gemäch, dies „Mascottchen“. Übermütig, feck und launig tanzt und lacht es über die Bühne. Ohne Sentimentalität, flott und witzig aufgemacht, obgleich nicht neu in der Idee. Man kennt ja das in Familienrat zusammengepackte Brautpaar, dessen eine oder andere Hälfte vor dem Hochzeitsstag noch heimlich einmal „leben“ will und dabei auf verbotenen Terrain fünf Minuten vor Zwölf den „Rechten“ oder die „Rechte“ findet. Über das, was da kommen wird, ist der Zuschauer also auch nach den ersten Szenen der neuen Operette nicht im Zweifel. Wenn sein Interesse trotzdem gestillt bleibt, so liegt es einmal an der geschickten Weise, in der die Autoren Georg Dronowski und Bill Steinberg die Sache zum glücklichen Ende führen, zum andern an der Betonung des Textes. Auch der Komponist, Walter Bromme, hat sich auf den Standpunkt gestellt, den Charakter des Operettenmäßigen zu wahren und auf überflüssiges opernhafte Beiwerk zu verzichten. Seine Musik klingt durchweg flott. Sie ist nicht sonderlich originell in der Melodie oder irgendwie apart in der Harmonik. Aber der Komponist lenkt die belebende Wirkung flatter Rhythmi und langbarer Stimmführung und weiß damit die Hörer zu packen.

Verstärkt wurde die Wirkung der Operette durch die zum Teil äußerst flotte Aufführung. Detti Janowski bewies mit ihrer samosen Marion, daß sie edles Theaterblut in sich hat. Sie steht voller Temperament und Humor, weiß schmissig und dennoch charmant zu spielen, vor allem glänzend zu charakterisieren und nicht zuletzt auch, sich gut zu kleiden. Die Reigen, für kurze Augenblicke ins Chansonettenmäßige zu verfallen, sollte die Künstlerin bekämpfen; sie ist nach ihren Fähigkeiten zu gut dazu. Aus der Reihe der übrigen Einzelleistungen und neben dem humorvoll gezeichneten alten Seemann Ontel Krug Carl Doeblis, der sympatische Harald Ewin Friess, der flotte Eric Curt Schüttis und die etwas zurückhaltend aber mit Geschmack gezielte Marion de Loem Mary Dorées mit besonderer Anerkennung zu erwähnen. Auch Billy Gensch als Steward erzielte den gewöhnlichen Lacherfolg; er sollte sich aber hüten, zu sehr ins Clownhafte zu verfallen; auf die Dauer langweilt der beste Trid, wenn er zu oft wiederholt wird. Kapellmeister Buntz leitete die Aufführung musikalisch gewandt. Das Publikum nahm Stid und Aufführung mit lebhaftem und steigendem Beifall auf.

um rund 24, für August um rund 34 Prozent. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber werden morgen fortgesetzt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll mit größter Beschleunigung erfolgen.

### Ein Aufruf des Zentrums.

Der Reichsvorstand der Zentrumspartei erläßt unter der Parole „Für die große christliche Partei der Mitte“ folgenden Aufruf:  
„Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wie nahe das deutsche Volk am Abgrund steht. Jeder behauptet, das zusammengebrochene und zerrüttete Deutschland wieder erneuern zu wollen. Programmatische Ankündigungen werden zu Schlagworten, wenn nicht endlich Taten folgen. Der tiefere Grund all dieses Elends liegt bei den Parteien. Die Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres Parteiwesens ist eine Lebensfrage Deutschlands.“

Diese Gedanken waren richtunggebend für die letzte Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei. Wir brauchen eine starke Partei, die durch Zielsetzung, Haltung und Zusammenfassung eint. Diese Partei muß die Ideen der neuen Zeit verkörpern, ohne das Gute der alten Zeit, wie Staatskraft, staatsreues Beamtentum, religiös-sittliche Werte preiszugeben. Diese Partei muß die großen sozialen Aufgaben der Gegenwart meistern, die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen zu aufbauenden politischer Arbeit zusammenführen. Sie muß frei zur Verfassung stehen und ihre Wurzeln in allen Landesteilen Deutschlands haben. Die hier beschriebene politische Linie hat die Zentrumspartei tatsächlich eingehalten. Sie ist deshalb geeignet, sich zu dieser großen und arken Mitte auszuwachen und insbesondere auch den Kern der in der letzten Zeit viel gesprochenen Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte abzugeben.

Die obersten Intentionen der deutschen Zentrumspartei sind aus diesen Erwägungen heraus einmütig entschlossen, den grundsätzlichen Vertretern politischen Charakters der Partei bei den nächsten Wahlen auch noch außen hin klar und unabweisend zum Ausdruck zu bringen. Bei den nächsten Wahlen soll eine größere Anzahl nicht sozialistischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben. Die Zentrumspartei ist eine deutsche Verfassungspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession noch einer Klasse, noch eines Standes Halt macht. Ihre politische Arbeit gilt der Wiederaufrichtung des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich und der Erhaltung der christlichen Kulturwerte.

Parteiorganisationen und Parteipresse sind eschuld worden, ihrer Arbeit diese Richtlinien zugrunde zu legen und insbesondere alles Erforderliche für die Wahrung des politischen Charakters der deutschen Zentrumspartei zu tun. Aus diesen Erwägungen heraus wendet sich die Zentrumspartei an alle, die guten Willens sind, auf diesem Boden mitzuarbeiten, welcher Konfession sie angehören. Die deutsche Zentrumspartei bietet die Hand zu einer staatspolitischen Tat. Deutsche und Christen, tut eure Pflicht!

Gleichzeitig veröffentlicht die Zentrumspartei die Beschlüsse des Reichsparteivorstandes und Reichsparteiausschusses, die schon vor etwa Monatsfrist gefaßt worden sind, aber wegen der durch die Ermordung Mathenaus hervorgerufenen Erregung im deutschen Volke damals nicht veröffentlicht wurden. Die künftige Zentrumspolitik wird darin wie folgt charakterisiert:

„Der politische Charakter der Zentrumspartei, den sie seit ihrer Gründung grundsätzlich gewahrt hat, soll für die Folge auch außerhalb mehr in die Erscheinung treten. Zu diesem Zweck soll bei den künftigen Wahlen eine größere Zahl nicht sozialistischer Kandidaten aufgestellt werden. Ferner wird die Parteipresse aufgebodet, den politischen Teil der Zeitungen wirklich politisch zu gestalten. Der Augustinus-Verein wird gebeten, in diesem Sinne auf die Parteipresse einzuwirken.“

### An die Lehrerschaft aller deutschen Schulen

erläßt der Vorort Freiburg des Republikanischen Lehrerbundes folgenden Aufruf:

„Kollegen!  
Junge Leute, laum der Schule entwachsend, und Gymnasialisten im Knabenalter, haben unter dem Einfluß einer zügellosen Verheißung und in blindem Unverstand dem gegenwärtigen Geistes unserer Väter organisiert Mord ihre Dienste geleistet und unserm Vaterland unerträglich Schaden zugefügt. Wer trägt die Verantwortung für die Häufung dieser Untaten?

### Aufruf an die badischen Dichter!

(Nachdruck erbeten!)  
Zwecks Herausgabe eines Persönlichkeits- und Wert umfassenden, auch biographisch zuverlässigen Nachschlagebuches erbitte ich an unten bezeichnete Adressen alle nötigen biographischen Angaben, möglichst lückenlos, kurz über alle Veröffentlichungen, auch privater Art, kurzfristige Überlassung von Manuskripten und sonstigen Dokumenten; das Wort Dichter soll den Schriftsteller nicht ausschließen; vor allem auch den Tageschriftsteller und Dialektdichter mit einbeziehen. Von diesem Standbuch verspreche ich mir viel, eine kritische Würdigung des Gesamtstandes soll darin ebenso zu finden sein wie ein Porträt der Persönlichkeit und eine knappe Analyse der bedeutendsten Werke. Auch wer auf bodenem Boden einstens heimisch war und badische Kultur irgendetwas schmeckt, wäre sehr willkommen.  
Seidelberg-Schlierbach, 15. Juli 1922.  
Professor Hanns Schmiedel.

Zur Wiesbadener Ausstellung des Verbandes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein. Nachdem die deutsche Künstlergesellschaft durch öffentlichen Aufruf über die Ende August stattfindende Ausstellung unterrichtet ist, ist es vielleicht nochmals erforderlich, die einheimische Künstlergesellschaft im Besonderen auf die Ausstellung hinzuweisen. Nach den Bedingungen ist jeder Künstler, der im Gebiete des Verbandes in den Ländern am Rhein wohnt oder, aus dem Verbandsgelände stammend, sich nur auswärts aufhält, berechtigt, sich an der Ausstellung zu beteiligen. Ausgestellt werden Werke der Malerei, Graphik und Plastik. Bei plastischen Werken größeren Umfangs oder Gewichtes bedarf es vor der Einbringung besonderer Anträge. Kleinere Plastiken (abgesehen von graphischen und kleinteiligen Arbeiten) mehr als drei Werke ausstellen. — Um die Transportfrage für die einheimische Künstlergesellschaft zu vereinfachen, ist eine Vorjurij in Karlsruhe eingerichtet, die von der Kommission des Verbandes ausgeübt wird. Künstler, die sich der Vorjurij mit Erfolg unterziehen, haben freie Din- und Rückfahrt, auch wenn sie in Wiesbaden von der Hauptjurij abgeholt werden sollten. Die für die Vorjurij bestimmten Kunstwerke sind nach Anordnung des Verbandsvorstandes bis spätestens 1. August an die Badische Kunsthalle Karlsruhe, Hans Thomastraf 2, einzuliefern. Von dort können auch Ausstellungspapiere in Empfang genommen werden.

Die öffentliche Meinung gibt uns deutschen Lehrern die Schuld an der Verbreitung jenes Geistes, der zur Bahnhofs- fahrt führte. Und wenn man uns die Anklage ins Gesicht schlä- dert, müssen wir schweigen, denn sie ist begründet.

Guch war eine Jugend abertraut, die aufgewachsen war unter der furchtbaren Begriffs- und Sittenverwilderung des Krieges. Was habt Ihr getan, um sie wieder zu staatlicher Gefinnung und zum Bewußtsein von der Unverletzlichkeit und Heiligkeit der Gebebe zu erziehen?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr nach dem Erzbergermord, dem aberaubenden einer fortgesetzten Reihe politischer Morde, getan, um die abertraute Jugend von dem unheilvollen Irwahn politischer Kinder und Narren frei zu machen, als könnten Ideen durch Mordelmad bekämpft werden?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr getan, um die misleiteten Kinder fanatischer Eltern von der Notwendigkeit der Achtung vor der Autorität des zu Recht bestehenden Volksrates zu überzeugen und sie mit der Republik, der Ihr zu dienen versprach, geistig zu erschließen?

Tausende von Euch: Nichts!

Im Gegenteil: Zahlreiche Amtsgenossen an Volks-, Mittel- und Hochschulen haben statt dessen eigenes schlechtes Beispiel in und außer der Schule den Geist der Mißachtung der Republik, ihrer leitenden Männer und ihrer Farben in die allzu empfängliche Jugend hineingetragen, und damit den Geist der Gesetzesmißachtung, der zum Mord führte. Sie mußten wissen, daß die monarchistische Propaganda, der sie sich oft hemmungslos ergaben, letzten um Bürgerkrieg und zum endgültigen Untergang des Vaterlandes führen muß; und brachten doch nicht die Selbstzucht auf, von ihrem Schicksal zu lassen! Sie fragen wir an der schweren Verurteilung wider ihr eigenes Volk. Wöchten sie doch, wenn sie sonst in Krieg und Niederbruch nichts gelernt haben, jetzt endlich schweigen lernen!

Aber auch Euch, Ihr republikanischen Kollegen, können wir nicht von Vorwürfen freisprechen, die Ihr, innerlich auf dem Boden des neuen Staates stehend, aus Anglistigkeit und unzeitgemäher Zurückhaltung und taufend fadenstimmigen Gründen bisher unserm Bunde fern gelassen seid! Wie viele Köpfe des geistigen Deutschland sollen noch fallen, bis Ihr wacherüttelt werdet? Wie tief muß unser Vaterland noch ins Elend sinken, bis Ihr den Mut findet, wo Ihr hingehört? Denn durch Euer Beispiel müßt Ihr wirken, bei Kollegen wie Schülern; kein besseres Mittel gibt es, als die hoffnungslose Erkenntnis ihrer Ohnmacht und Minderzahl, um jene Inseln von ihrer Verblendung zu heilen, die sich anmaßen, ihre Eigenmeinung über Gesetz und Verfassung stellen zu dürfen! Darum herein mit Euch in unsere Reihen, zu christlichem und männlichem Begehren zum deutschen Republik!

Der Vorort Freiburg des Republikanischen Lehrerbundes:  
Für die Hochschule: Prof. Dr. Heiß, Prof. Dr. Kost, Prof. Dr. v. Schulze-Güternitz.  
Für die Mittelschule: Prof. Breisch, Prof. Gaderle, Direktor Dr. Kraus.  
Für die Volksschule: Hauptlehrer Dorsner, Hauptlehrer Pi Hauptlehrer Maus.

### Reaktion und Korpsstudententum.

In einem Brief, den ein Staatsanwalt der „Mannh. Volksstimme“ zur Verfügung gestellt hat, heißt es mit Bezug auf die Gefahren, die der Republik vom Korpsstudententum drohen: „Angesichts der fortgesetzten Attentate und der systematischen Dege gegen die Deutsche Republik und deren Führer darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt hinlenken, der bisher weder in den Tagesblättern, noch in der Parlamente als Gefahr gegen die Republik erkannt und zur Sprache gekommen ist — auf das deutsche Korpsstudententum. Ausgehend von dem Gedanken, daß, wer die gebildete Jugend für sich hat, auch die zukünftigen geistigen Führer und Unterführer fest in der Hand hält, hat sich seit Beginn des Krieges in der Verbindung des Köfener S.C. eine unheuerliche Tätigkeit und Reorganisation in reaktionärer Geiste entfaltet. Aufgenommen werden grundsätzlich nur Söhne ehemaliger Angehöriger und ausnahmsweise solche Studenten, die von alten Herren als „politisch einwandfrei“ empfohlen werden. Da die Mehrzahl der Studenten nicht in der Lage ist, die verhältnismäßig hohen Kosten aufzubringen, werden sie seitens der Alten Herren-Vereine mit bedeutenden Geldmitteln unterstützt. Auf diese Weise wird es insbesondere den alten Beamten ermöglicht, ihre Söhne dem Korpsstudententum zuzuführen und sie in dem alten monarchistischen Geiste großzuziehen. Daß in dem Korps nirgends auch nur ein Hauch republikanischen Geistes zu spüren ist, brauche ich nicht zu sagen; daß aber der reaktionäre Geist in den Alten Herren-Vereinen, die fast in jeder Stadt wöchentliche Zusammenkünfte abhalten, weiter gepflegt wird, daß bei diesen Zusammenkünften gegen Republik und deren Führer geschimpft und Wiederherstellung der Monarchie gefordert wird, daß schließlich diese alten Korpsstudenten heute noch, abgesehen von einigen demokratischen und sozialdemokratischen Konfessionsschülern, die wichtigeren Stellen in der Verwaltung, Justiz und bei den Universitätsbehörden innehaben, dürfte offenbar noch viel weniger bekannt sein. Hier den Befehl demokratischer Reorganisationsbestrebungen anzupfeilen, liegt unbedingt im Sinne einer Kräftigung unserer jungen Republik.“

### Zur Angelegenheit des Hochverraters Leoprechting.

Von zuständiger Seite in Berlin wird dem B.D. geschrieben: In zwei Veröffentlichungen des „Bayerischen Kuriers“ in München vom 18. und 20. werden zu der Angelegenheit des wegen Hochverrats verurteilten Leoprechting Behauptungen aufgestellt, welche die diebezügliche Erklärung des Wolffschen Telegraphen-Büros vom 7. ds. sowie die Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung in München entkräften sollen. Es handelt sich dabei um eine ganz einseitige Darstellung, die ein völlig falsches Bild ergibt. Demgegenüber kann nur nochmals auf die bereits gegebene ausführliche Darstellung der Beziehungen der Reichsstellen zu Leoprechting vom 7. Juli hingewiesen werden. Insbesondere muß wiederholt werden, daß der Reichsanwalt keinerlei Beziehungen zu Leoprechting gehabt hat; die Mitteilungen Leoprechtings sind ihm sowie den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung überhaupt nicht zur Kenntnis gekommen. Diese Mitteilungen haben niemals für die Angelegenheit und Einschüffe der Reichsregierung auch nur die geringste Rolle gespielt. Es sei auch zum wiederholten Male festgesetzt, daß Leoprechting weder für sich noch gar für die Tätigkeit, die zu seiner Verurteilung geführt hat, von einer Reichsstelle Geld erhalten hat. Leoprechting stand in keinem irgendwie gearteten Auftragsverhältnis zu einer Reichsstelle. Ob er sich unbedeutenderweise etwa Briefformulare mit dem Aufdruck des Auswärtigen Amtes verschafft hat, ist nicht mehr festzustellen; die Befugnis, solche zu benutzen, hatte er selbstverständlich nicht. Er hat nicht nur in der Presseabteilung der Reichsregierung, sondern auch in der amtlichen, bayerischen Pressestelle verkehrt. Daraus Vorwürfe gegen die Regierung abzuleiten, beweist nur die völlige Unkenntnis des Betriebes einer Pressestelle. Mit Aufzeichnungen und Denkschriften hat Leoprechting die in Frage kommenden Stellen in